

Ohne Trauschein?

Allensbacher Hinweise auf nichteheliche Lebensgemeinschaften

In einem seiner letzten Hausberichte (1989/10) veröffentlicht das Institut für Demoskopie Allensbach Umfragedaten zu den nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Der Großteil der Daten ist offenbar einer Mehrzweckumfrage im April dieses Jahres entnommen. Zur Erstellung von – allerdings sehr fragmentarischen – Verlaufsdaten werden frühere Umfrageergebnisse herangezogen. Der Bericht geht davon aus, daß gegenwärtig etwa 3 Millionen Erwachsene in nichtehelichen Lebensgemeinschaften zusammenleben, wobei das *Grundkriterium des Zusammenlebens* der gemeinsame Haushalt und nicht die Geschlechtsgemeinschaft als solche ist. Zwischen beiden wurde aber in den Umfragen offenbar nicht unterschieden, bzw. es wurde nicht danach gefragt. Nach einer Allensbach-Umfrage vom vorigen Jahr erklärten 6 Prozent der Bevölkerung über 14 Jahre, sie würden mit einem Partner resp. Lebensgefährten zusammenleben. Da nach der Art des Zusammenlebens nicht spezifischer gefragt wurde, bleibt schon der Grundrassungsbestand unsicher.

Nimmt man aber die Daten so, wie sie von Allensbach vorgelegt werden, dann fallen zwei Sachverhalte auf.

Das Zusammenleben von unverheirateten Paaren wird von der Bevölkerung nicht nur *zunehmend toleriert*, sondern als eine selbstverständliche Möglichkeit angesehen. 50 Prozent der Gesamtbevölkerung über 16 finden es – nach der Umfrage vom April – gut, daß Paare unverheiratet zusammenleben, nur 27 Prozent finden das nicht gut, 23 Prozent sind unentschieden. Zustimmung und Ablehnung fallen allerdings nach Alter sehr unterschiedlich aus. Unter den Unter-40jährigen haben die Befürworter nichtehelichen Zusammenlebens fast

eine Dreiviertelmehrheit (74 Prozent): Unter den Über-40jährigen befürworten nur 33 Prozent das nicht-eheliche Zusammenleben, 40 Prozent sind dagegen und 27 Prozent unentschieden.

Unterschiede lassen sich auch *nach Konfession* und – sehr viel größere – *nach Kirchenbindung* feststellen. Protestanten unter 40 billigen zu 75 Prozent, Katholiken unter 40 zu 71 Prozent das nichteheliche Zusammenleben; die kirchennahen Protestanten der gleichen Altersstufe tun es zu 57, die kirchennahen Katholiken unter 40 zu 53 Prozent. Stärker fallen die konfessionellen Unterschiede bei den Über-40jährigen auf. Protestanten dieser Altersgruppe billigen das Zusammenleben ohne Trauschein zu 38, Katholiken zu 26 Prozent, kirchennahe Protestanten zu 25, kirchennahe Katholiken zu 16 Prozent. Trotz aller Unterschiede nach Konfession und Kirchenbindung ist aber festzustellen, daß in der jüngeren Generation über alle Unterschiede hinweg das nichteheliche Zusammenleben von großen Bevölkerungsteilen gebilligt wird und für die 20- bis 30jährigen – als Möglichkeit – weitgehend eine Selbstverständlichkeit geworden ist.

Offensichtlich – und dies ist der zweite auffallende Sachverhalt – verbreitet sich das *faktische Zusammenleben* nicht im gleichen Umfang. Nach den von Allensbach verwendeten Vergleichszahlen ist der Anteil der unverheirateten Zusammenlebenden bei den 20- bis 30jährigen mit 15 Prozent weit aus am größten, fällt aber bei den Über-50jährigen mit 3 resp. 2 Prozent kaum ins Gewicht, was angesichts wiederholter Hinweise, Geschiedene würden auch im Falle einer neuen Partnerschaft zunehmend nicht mehr heiraten, eher überrascht. Auffällig ist aber vor allem, daß der Anteil der tatsächlich unverheirateten Zusammenlebenden sich in den achtziger Jahren praktisch *nicht verändert* hat: 1982 waren es 6 Prozent und 1988 waren es ebenfalls 6 Prozent. Auch bei den 20- bis 30jährigen ist der Anteil gleichgeblieben, nur bei den 30- bis 40jährigen hat er sich von 7 auf 8 Prozent leicht erhöht, während er bei den 40- bis 50jährigen (von 5 auf 4 Prozent) leicht zurück-

ging. Im Zunehmen ist allerdings der Wunsch nach rechtlichen Regelungen.

Was läßt sich aus dem Gesagten schließen? Zunächst einmal sicher, daß Tolerierung und Billigung nichtehelicher Lebensgemeinschaften und die eigene Entscheidung für oder wider eine Eheschließung bzw. für oder wider ein nichteheliches Zusammenleben keineswegs gleichbedeutend sind. Die Befürwortung rechtlicher Regelungen, die mehr und mehr in juristischen Fachkreisen, aber auch öffentlich diskutiert wird, erklärt sich wohl mehr aus praktischen Gründen und muß nicht unbedingt als zunehmende prinzipielle Absage an die Ehe gewertet werden. Zwar besteht ein Bewußtseinszusammenhang zwischen zunehmendem Zweifel am Nutzen bzw. an der Notwendigkeit der Ehe als Institution und der zunehmenden Tolerierung nichtehelicher Lebensgemeinschaften, aber dies ist, selbst wenn man den Zusammenhang so stark akzentuiert, wie es Allensbach tut, nicht als Absage an die Ehe zu verstehen, sondern als Ausdruck nachlassenden Verständnisses der Ehe als *gesellschaftlich* bindender Institution.

Um dazu Präziseres sagen zu können, bräuchte es allerdings genaueren Aufschluß darüber, wieweit das nichteheliche Zusammenleben als *Alternative zur Ehe* oder *als Leben auf Ehe hin* verstanden wird. Allensbach hat – unbegreiflicherweise – gerade diese Frage in der Aprilumfrage nicht gestellt, sondern zieht zu ihrer Beantwortung nur eine Baden-Württemberg-Umfrage aus dem Jahre 1985 (vgl. HK, September 1986, 409–414) heran. In dieser hatten 71 Prozent der unverheirateten Zusammenlebenden erklärt, sie könnten sich vorstellen, daß sie einmal heiraten.

Für den Umgang mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen wäre es wichtig, gerade über diesen Sachverhalt genaueren Aufschluß zu erhalten. Aber auch davon abgesehen, ist klar, wo kirchliche Pastoral angesichts zunehmender „Vernachlässigung“ der Ehe als gesetzlicher Bindung anzusetzen hat: beim Trugschluß, daß Partnerschaftsbindung – denn diese will man ja im Gegensatz zur Ehe als ge-

setzlicher Bindung – als ständige Bindung vorwiegend oder allein Sache emotionaler Verständigung ist. Je mehr Partnerschaften emotional überfordert werden, um so zerbrechlicher sind sie. se

Abgehoben

Zu einem Großkongreß der Konrad-Adenauer-Stiftung

Während in Bonn die Leute *Michail Gorbatschow* zujubelten, als ob alle deutschen Sicherungen plötzlich durchgebrannt wären, und in China eine stalinistisch-maoistische Diktatur per Telekratie ihre grausamen „Aufräumungsarbeiten“ nach der Blutnacht vom 3./4. Juni vorführte, veranstaltete die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung in der Alten Oper in Frankfurt einen Großkongreß über „Religion, Aufklärung und politische Kultur“.

Das Thema hätte vor allem mit dem letzten Stichwort, dem von der politischen Kultur, aber auch als Zusammenhang und Widerspruch zwischen Aufklärung und christlichem Menschenbild und Wirklichkeitsverständnis gut in das Umfeld der Feiern über 40 Jahre Grundgesetz gepaßt. Aber dazu gab es in Frankfurt nur geringen Nachhall. Und von allen drei Stichworten kam das von der politischen Kultur, gar verstanden als zeitgenössische Synthese aus aufklärerischer Rationalität und religiöser Weltdeutung, am wenigstens zum Zuge.

Wirklich thematisiert wurde es eigentlich nur im Schlußreferat des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*, über den „Auftrag der Christen zur politischen Gestaltung der heutigen Welt“, das trotz des ausladenden Titels zum nachdenklichsten Beitrag des ganzen Kongresses mit fast meditativer Gedankenföhrung geriet, an die sich – sehr diskret – einige „Zwischenrufe“ zum politischen Bewußtseinslage und zum faktischen Verhalten im politischen Umgang miteinander anfügten.

Und nicht verwunderlich: von den Zwischenrufen gehörte die Warnung vor billiger Stimmungsdemokratie – das Stichwort Telekratie kam auch da vor – und die vor bedenkenloser Demontage des politischen Personals durch dieses selbst und durch die Medien zu den hörbarsten.

Ansonsten aber ging es einerseits ziemlich abgehoben zu, und andererseits wurde eine solche *Vielfalt an Bekanntem* geboten, daß einem im Reigen durch die Referate und die Podiumsdiskussionen schon ein wenig schwindelig wurde. Man hatte eine Menge Prominenz, professorale, belletristische und vor allem kirchliche aufgeboten: neben dem Bischofskonferenz-Vorsitzenden Lehmann einen ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden, der aber wegen Krankheit absagen mußte, den eben erst neu installierten Präses der Rheinischen Landeskirche, den eben erst ernannten Bischof von Rottenburg-Stuttgart, der aber – wenige Tage vor seiner Bischofsweihe – zum Thema „Aufklärung und Offenbarung“ vom Bochumer Religionsphilosophen *Richard Schaeffler* gut vertreten wurde. Selbst beim Gespräch über das religiöse Leben im „realexistierenden Sozialismus“, das fast ganz in Appelle und Erzählungen mit geringem Informationsgehalt mündete, saßen unter sechs Teilnehmern drei Bischöfe – ein Pole, ein Ungar, ein Ukrainer – auf dem Podium. Und unter dem etwa 150 köpfigen Auditorium entdeckte man, je länger die Tagung dauerte, um so mehr Pfarrer und Kirchenangestellte beider Konfessionen. Beinahe hätte sich eine Satire über die Elitenzirkulation zwischen Subsystemen aufgedrängt.

Es mag an diesem Aufgebot gelegen haben, daß das Kernthema, vom neuen Vorsitzenden der Stiftung, dem früheren rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten *Bernhard Vogel*, mit Zitaten von Kant und Bonhoeffer in der Hoffnung eingeleitet, Aufklärung als autonomer Vernunftgebrauch und religiöse Sinnstiftung möchten sich in einer vom Glauben gestärkten rationalen Kultur wiederfinden, nur sehr bruchstückhaft zum Zuge kam. Und irgendwann blieb das ganze Thema in

der skeptischen Frage stecken, warum die Kirchen, gemeint war wohl in erster Linie die katholische, erst in einer Phase den apologiefreien Zugang zu den rationalen Früchten der Aufklärung fänden, wo deren eigene Voraussetzungen brüchig zu werden begännen. Nicht einmal eine Gegenfrage wurde gestellt, ob nicht gerade das eine Chance für beide zugunsten der Menschen sei.

Ansonsten geriet die Tagung fast von selbst zu einer vielgestaltigen Artikulation der wirklichen und vermeintlichen Nöte des Christentums bzw. der Kirchen angesichts fortschreitender Säkularisierung. Trotz der zu Beginn von *Eugen Biser* beschworenen Hoffnung auf ein neues religiöses, ja mystisches Zeitalter und einer dazugestellten Analyse der widerspruchreichen kirchlich-religiösen Befindlichkeiten aus dem Hause Allensbach war es offenbar schwer, zu einer realistischen Hoffnung zu finden. Man verhedderte sich selbst bei der Podiumsdiskussion über „die Weitergabe des Glaubens“ so sehr in geistesgeschichtliche und ideenpolitische Aperçus bzw. in den üblichen Kirchenklagen, daß erst der Zwischenruf eines Soziologen, man solle sich doch mehr den konkreten lebensweltlichen Ursachen der Schwierigkeiten in der Glaubensweitergabe zuwenden, wieder ein wenig von der nötigen Bodenhaftung ahnen ließ.

Bei allem Facettenreichtum eines solchen Kongresses: Wie wär's, wenn sich eine politische Stiftung wie die der CDU den das eigene *Verhältnis zu den Kirchen* enger berührenden Fragen widmen würde? Zum Beispiel: den Übereinstimmungen und Konflikten, die sich zwischen Unionsparteien und Kirchen aus dem „C“ ergeben. Oder ganz konkret der Frage: Ob nicht gerade „C“-Parteien mit ihrem als Volksparteien legitimerweise für möglichst viele Zeitgenossen handlich gemachten „christlichen Menschenbild“ einer in Transzendenzlosigkeit mündenden Selbstsäkularisierung des Christentums vorarbeiten. Hier bergen sich etliche verdrängte Konflikte, die auszutragen höchst dringlich wäre.